[illegible] Ausgabe der bisherigen Kinderzulagen. In Zukunft sollen die Ueberteuerungszuschüsse im Reiche den über 18jährigen in gleicher Höhe, wie sie das Reich zahlt, den unter 18jährigen und weiblichen Angestellten in Höhe von zwei Dritteln zugebilligt werden.

Diese Vereinbarung ist sowohl vom Reichsverband der Bankleitungen, wie vom Allgemeinen Verband Deutscher Bankangestellten, dem Deutschen Bankbeamtenverein, dem Reichsverband der Bankangestellten und dem Reichsverband der Bankkassenboten angenommen worden, so daß eine Stellungnahme der Bankangestelltenschaft oder eine Abstimmung über dieses Abkommen nicht mehr in Frage kommt.

Ein Aufruf an die Oberschlesier.

Berlin, 6. Juli. Die Reichsregierung hat folgenden Aufruf erlassen:

In wenigen Tagen wird die Interalliierte Kommission Oberschlesien verlassen. Mit ihr zugleich räumen die fremden Truppen und Behörden das Land. Der deutsch gebliebene Teil Oberschlesiens wird wieder mit seinem Mutterlande vereinigt sein. Jeder, der durch gesetzwidrige und unbesonnene Taten gegen die Angehörigen der fremden Mächte neue, unabsehbare Verwicklungen heraufbeschwört, fügt Oberschlesien und dem ganzen Deutschen Reich schweren Schaden zu. Im Namen der Reichsregierung ermahne ich daher die gesamte Bevölkerung sowie insbesondere alle mit der Durchführung des Abtransportes der interalliierten Truppen beauftragten Beamten dringend, Ruhe zu bewahren und sich aller feindseligen Handlungen gegen die alliierten Truppen und Behörden zu enthalten, um so an der schnellen und reibungslosen Durchführung der Räumung mitzuarbeiten.

Wirth.

Berlin, 6. Juli. Die ganze Provinz Oberschlesien gilt am 3. September, an dem die Autonomie-Abstimmung stattfindet, als ein Stimmkreis. Es gibt zwei amtliche Stimmzettel. Auf dem einen steht: „Oberschlesien soll preußische Provinz bleiben“, auf dem anderen: „Oberschlesien soll aus Preußen ausscheiden und ein besonderes deutsches Land werden.“

Die Verfolgung der Mörder.

Bern, 6. Juli. Zur Verfolgung der Mörder Rathenaus sind den Behörden von privater Seite über 1½ Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Einschließlich der behördlichen Belohnung sind jetzt 3 Millionen Mark auf die Ergreifung der Mörder und ihrer Helfershelfer ausgesetzt. Die Spuren der beiden Mörder sind bis Mitteldeutschland nachgewiesen worden. Trotz der bestehenden Schwierigkeiten, die durch die gegenseitigen Warnungen der verfolgten Mitschuldigen erhöht werden, hofft die Berliner Polizei mit aller Bestimmtheit, die Mörder noch festzunehmen. Zweimal stand ihre Verhaftung bevor. Als die Beamten aber am Aufenthaltsorte erschienen, waren die Mörder gewarnt worden und in ein neues Versteck übergesiedelt.

Berlin, 6. Juli. Der Mörder Techow hat gestern sein Geständnis um weitere Einzelheiten erweitert. Danach haben an den Vorbesprechungen über den Mord in München und Berlin nicht nur die drei Täter, sondern auch eine große Anzahl Mithelfer teilgenommen, darunter auch der Besitzer des Autos. Der größte Teil dieser Mithelfer ist inzwischen bereits in Haft genommen, der Rest wird sich in wenigen Tagen in den Händen der Behörden befinden. Techow machte ferner wichtige Angaben über Vorbesprechungen zur Beseitigung anderer politischer Persönlichkeiten des Reiches.

Lord Robert Cecils Abrüstungsvorschlag.

Die Welt hat wieder einmal einen Abrüstungsvorschlag mehr. Der gemischte zeitweilige Ausschuß des Völkerbundes hat jetzt nämlich einen Entwurf Lord Robert Cecils zur Herbeiführung der Herabsetzung der Rüstungen zur Kenntnis genommen und bereits durchberaten. Der Plan umfaßt fünf Resolutionen, die darin gipfeln, daß man eine allgemeine Defensivallianz aller interessierten Länder bilde, und daß diese Allianz alle Teilnehmer verpflichte, im Falle einer von ihnen angegriffen würde, diesem Beistand zu leisten, falls diese Verpflichtung auf Länder beschränkt bleibt, die auf dem gleichen Erdteil liegen. Es ist überflüssig, auf den Wert solcher Resolutionen heute noch weiter einzugehen, da die Geschichte der letzten Jahre nur allzu deutlich bewiesen hat, was solche Abrüstungstheorien für die Praxis der Weltpolitik bedeuten. Man glaubt einen der führenden Politiker des Quai d'Orsay zu hören, wenn man den Text einer der Resolutionen des Cecil'schen Abrüstungsvorschlages erblickt, der da lautet: „Bei der allgemeinen Lage der Welt kann keine Regierung die Verantwortung für eine umfangreiche Herabsetzung der Bewaffnung übernehmen, es sei denn, daß ihr eine befriedigende Garantie für die Sicherheit dieses Landes gegeben werde“. Abrüstung und Garantien, mit diesen beiden Schlagwörtern hat man es dahin gebracht, daß Deutschland wirtschaftlich und politisch ruiniert wurde und Frankreich in Waffen starrt. Es dürfte auch für Lord Robert Cecil schwer sein, mit solchen Gedankengängen der Idee der wirklichen Abrüstung und des wahrhaften Friedens zum Siege zu verhelfen.

Russische Gelüste nach der polnischen Ernte.

Genf, 6. Juli. Der „Matin“ meldet aus Warschau, daß die Bolschewisten an der Grenze Polens beträchtliche Streitkräfte zusammenziehen, um sich in den reichen Grenzgebieten der kommenden Ernte zu bemächtigen. Auch das „Journal“ bringt eine gleiche Alarmmeldung über Riga.

Berlin, 6. Juli. Der Organisator und Kommandeur der Schutzpolizei in Hannover, Reichsoberstwachtmeister v. Struben, ist durch den Oberpräsidenten Noske seiner Stellung vorläufig enthoben worden, weil bei einem Gartenfest in der Schupokaserne auf Veranlassung eines jungen Offiziers „Heil Dir im Siegerkranz“ von der Kapelle gespielt wurde, ohne daß der anwesende Kommandeur dies verhinderte.

London, 6. Juli. In Dublin haben sich alle Aufständischen ergeben. Die Befestigungen sind niedergebrannt worden.

Beamtin und Mutterschaft.

Man schreibt uns:

Kurz vor den Osterferien hatte sich der Reichstag noch in einer gewissen Ueberhastung mit einigen Gesetzesvorlagen befaßt, die für das Frauenleben und die Betätigung der Frau in staatlichen Aemtern von tiefgreifender Bedeutung sein werden. Es handelte sich einmal um die Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt und zum andern um die Frage, ob die uneheliche Mutterschaft bei Beamtinnen als Disziplinarfall zu betrachten sei. Diese letzte Frage beschränkt sich in ihrer praktischen sowohl wie volksethischen Auswirkung nur scheinbar auf einen engeren Kreis der berufstätigen Frauen, in Wahrheit geht es um eine grundsätzliche Entscheidung allgemeiner Natur darüber, ob das moralische Ansehen der staatlichen Institution der Ehe in seiner ganzen Lebendigkeit im Volksempfinden erhalten bleiben soll, oder ob bezüglich der unehelichen Mutterschaft nunmehr anderen Ansichten Raum gegeben werden muß, als sie zurzeit noch in der Mehrheit des deutschen Volkes bestehen.

Darüber, daß eine sozusagen staatliche Anerkennung der Gleichberechtigung der unehelichen mit der ehelichen Mutterschaft dem Familienleben, wie es als Ideal im tiefsten Herzensempfinden des deutschen Volkes wurzelt, einen argen Stoß versetzen würde, kann ein Zweifel nicht obwalten. Auf der anderen Seite muß schon aus rein menschlichem Mitgefühl alles geschehen, um zu verhindern, daß die schuldlosen unehelichen Kinder irgendwie unter dem Makel ihrer Geburt zu leiden haben. Kein anständig denkender Mensch wird es über sich gewinnen, diese armen unglücklichen Kinder entgelten lassen zu wollen, daß ihre Erzeuger sich zügellos der Sinnenlust hingaben. Darüber darf jedoch trotz alledem auch im ureigensten Interesse des Staates niemals vergessen werden, daß die moralische Unversehrtheit und Heiligkeit der Familiengemeinschaft unter allen Umständen nachdrücklich zu schützen ist, denn in ihr wurzeln Kraft und Gesundheit des ganzen Volkes.

Darum wurde von den Parteien der Rechten stets mit aller Entschiedenheit den namentlich von sozialdemokratischer Seite ausgehenden Bestrebungen entgegengetreten, die der unehelichen Mutter jegliche Schuld abnehmen und sie ohne weiteres in jeder Beziehung mit den gleichen Rechten wie die eheliche Mutter ausstatten möchten.

Mit einer Selbstverständlichkeit pflegt von dieser Seite die uneheliche Mutter stets lediglich als bedauernswertes Opfer hingestellt zu werden. Doch wer könnte im Ernst behaupten, daß unter unserem Gesetz und den bei uns herrschenden Zuständen der Frau nicht die vollkommen freie Selbstbestimmung hinsichtlich des Mutterwerdens gewährleistet sei? Verbrechen wie Notzucht dürfen dagegen natürlich ebenso wenig geltend gemacht werden, wie etwa Mord und Totschlag gegen die Tatsache der in unserem Staat jedem einzelnen unzweifelhaft gewährleisteten Sicherheit seines Lebens. Setzt sich aber eine Frau mit ihrem Willen, und der muß in allen Fällen vorhanden sein, der Möglichkeit aus, uneheliche Mutter zu werden, so hat sie auch in vollem Umfange die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu tragen. Auf alle Fälle aber wird das gesunde Volksempfinden den Postbeamtinnen Recht gegeben haben, als sie zur Wahrung der Ehre ihres Standes darauf bestanden, daß sie uneheliche Mütter nicht unter sich dulden, sondern zur Entlassung gebracht sehen wollen. Auch sie haben sich offenbar von der einsichtigen Anschauung leiten lassen, daß Ehe und Familienleben zu denjenigen Grundvesten des Staates gehören, unter deren leichtsinniger Erschütterung letzten Endes das ganze Volk zu leiden haben würde.

Leider haben indessen alle diese Erwägungen und wohlbegründeten Einwände nicht verhindern können, daß die Mehrheit des Reichstages sich jetzt im entscheidenden Augenblick doch auf einen Standpunkt gestellt hat, der dem gesund empfindenden Teile unseres Volkes immer unverständlich bleiben wird. Obgleich die Abgeordnete Frau Hoffmann noch einmal in eindringlich mahnenden Ausführungen darauf hingewiesen hatte, in welch gefährlichem Maße die ohnehin erschütterte Volksmoral durch Schädigung des Ansehens der Unversehrtheit der Familiengemeinschaft untergraben werden müßte, hat der Reichstag den Gesetzentwurf zur Abänderung des Reichsbeamtengesetzes angenommen, wonach uneheliche Mutterschaft allein kein Grund zur Einleitung disziplinarer Maßnahmen mehr sein darf.

Minister Lipinski über die Vorgänge in Zwickau.

Im Landtag gab gestern Minister Lipinski eine Darstellung der Vorgänge in Zwickau.

Der Minister erklärt: In der Presse sind eine Reihe von Mitteilungen über die Vorgänge in Zwickau veröffentlicht worden, an die sich eine Masse von Gerüchten angeknüpft hat. An die Regierung ist außerdem vielfach die Frage gerichtet worden, welche Maßnahmen sie ergriffen habe, um diesen Vorgängen entgegenzuwirken. Hierzu möchte ich kurz folgendes sagen:

Am Dienstag abend nach Schluß des Landtages hat die Regierung die ersten Mitteilungen von den Vorgängen in Zwickau erhalten. Die bisherigen Ermittelungen haben ergeben, daß die Demonstrationen in Zwickau würdig und ruhig verlaufen sind, daß sich aber nach der Demonstration Personen gegen den Vorsitzenden der Deutschnationalen in Zwickau gewandt haben, und daß eine andere Gruppe, unabhängig von dieser sich gegen die Polizeiwache gewandt habe mit der Aufforderung, daß die bei der städtischen Polizei delegierte grüne Polizei von der blauen Polizei nicht unterstützt werden dürfe. Nachdem dies abgelehnt worden war, ist die Polizeiwache im Rathause gestürmt worden. Daraufhin ist von der Sapo Schutz erbeten worden. Der Schutz ist gewährt, aber nicht ausgeführt worden, weil auf dem Wege zum Rathause die Polizei umringt, zum Teil entwaffnet und zum Rückzug gedrängt worden ist. Die Folge davon war, daß sich nunmehr der Kampf gegen die Kaserne der Sapo richtete. Am Dienstag abend sind verschiedene Angriffe auf die Kaserne erfolgt, die zum Einbrücken des Kasernentores führten. Unter Gebrauch von Waffen wurde der Angriff abgewehrt. Da die Sapo völlig in der Kaserne abgeschlossen war, ordneten wir an, daß von Dresden drei Hundertschaften und von Glauchau und Chemnitz kleine Verstärkungen nach Zwickau abgingen. Die organisierte Arbeiterschaft hat sich bereits am Dienstag bemüht, die Herrschaft über diese Ereignisse zu bekommen. Die Arbeit sollte am Mittwoch wieder aufgenommen werden, aber die meisten Kohlengruben und die Metallbetriebe kamen nicht in Betrieb. Ich wurde von dem Aktionsausschuß der Gewerkschaften und Parteien angerufen, daß die Regierung alles tun solle, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Es ist aber falsch, wie die Presse behauptet hat, daß linksgerichtete Kreise die Macht an sich gerissen hätten. Von den zwei entsandten Kommissaren wurde mir geraten, entweder die Vorschläge des Aktionsausschusses anzunehmen oder mit voller Kraft vorzugehen. Ich erklärte mich bereit, dem Vorschlag des Aktionsausschusses zuzustimmen unter der Bedingung, daß der Ausschuß die Gewähr für die öffentliche Sicherheit übernimmt. Der Aktionsausschuß trat in Tätigkeit und verhandelte mit den Unternehmern, den städtischen Körperschaften und der Kreishauptmannschaft und erhielt die Zusicherung, daß der Ausfall der Löhne gedeckt wird. (Zwischenrufe von rechts: Glatte Erpressung. Zurufe links: Weil Sie Angst hatten, daß Sie sonst Dresche kriegten.) Mit den Kommissaren wurde vereinbart, wenn bis 8 Uhr abends die Ruhe nicht wieder hergestellt sei, die staatlichen Machtmittel angewendet werden sollten. Gegen 9 Uhr abends hatte die organisierte Arbeiterschaft einen Ordnungs- und Patrouillendienst eingerichtet. Die Plünderungen, die am Nachmittag begannen, konnten unterdrückt werden. Die Ruhe ist also wieder hergestellt. Wer die Schuld trägt, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Ich stimme dem zu, daß die Aussprache heute, wo noch nichts Näheres festgestellt werden kann, zurückgestellt wird. Von Dresden sind die drei Zwickauer Abgeordneten Langhorst, Grumpe und Kautzsch nach Zwickau abgereist. In der Zivilbevölkerung sind 14 Tote und 60—70 Verwundete, bei der Sapo sechs Verwundete und zehn Vermißte zu beklagen. (Die Mitteilung des Ministers, daß 14 Tote zu beklagen seien, beruht auf einem Irrtum. Die Zahl der Toten beträgt in Wirklichkeit nur zwei. E. V.)

Oertliche Angelegenheiten.

Zeitbilder.

Von Dr. Paul Brandt.

VII.*)

In all der trostlosen Verworrenheit unserer so kummervollen Gegenwart ist es ein wahrer Lichtblick, in den „Zeitbildern“ auch mal etwas erfreuliches melden zu können. Eine große Entdeckung ist gemacht, die in ihren Folgen noch gar nicht zu übersehen ist, eine Entdeckung, die zumal in landwirtschaftlichen Kreisen ungeheueres Aufsehen erregen und vielleicht die gesamte Ernährungsfrage der Menschen mit einem Schlage lösen wird. Da aber nicht blos die Liebe durch den Magen geht, wie jeder weiß, sondern auch die Politik, was nicht jeder weiß, zum allergrößten Teile eine Magenfrage ist (weshalb auch manchem, zumal heute, die Politik im Magen liegt), so ist die Vermutung durchaus nicht zu kühn, daß vielleicht ein neues goldenes Zeitalter, von dem die Dichter träumen, in gar nicht allzuferner Zeit anbrechen wird. Dann wird nicht nur der Müllfuhrkutscher, sondern auch der mit der Feder arbeitende Gelehrte sich täglich sein prima Mastfleisch kaufen können, ja die Hausfrauen werden bei den neuen Preisen, mit denen das Fleisch und alle anderen Nahrungsmittel und Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens verschleudert werden, die Jahre vor dem Kriege als eine Zeit ungeheurer Teuerung empfinden. Eins freilich trübt uns die Freude an der neuen Entdeckung, und so darf auch hier der berühmte Tropfen Wermut in dem Freudenkelche nicht fehlen, wobei die Bemerkung erlaubt sei, daß ich das bekannte Sprichwort von dem bittern Wermutstropfen nie recht begriffen habe; ich habe wenigstens, und nicht nur in Italien, den angeblich bitteren Wermut (Artemisia Absinthium Wind) immer als recht angenehmen vermerkt[illegible]ben, und zwar nicht nur den köstlichen Wermutwein (vermut di Torino), den man in den ländlichen Osterien Italiens die Flasche für 80 Pfennige trank, sondern auch den wundervollen giftgrünen, mit Wermut bereiteten Absinth, den man mit eingekühltem Wasser mischte und aus einem Strohhalm schlürfte für ganze 80 Pfennige. Nun ja, das gehört wohl streng genommen nicht hierher. Also, was unsere Freude an der neuen Entdeckung trüben könnte, ist die bedauerliche Tatsache, daß sie nicht bei uns in Deutschland, sondern drüben in Amerika gemacht ist. Ja, wir Deutsche sind für solche Sachen doch zu ideal veranlagt: wir entdecken zwar die berühmte Relativitätstheorie, aber die praktischen Amerikaner entdecken das — Idealvieh. Eigentlich hätten wir doch das tun müssen, da wir doch eben die Idealen sind. Wie Sir William Thomas von seiner Reise in Kanada berichtet, ist es den dortigen Farmern gelungen, durch Kreuzung ein neues Tier zu züchten, das sich außerordentlich schnell vermehrt, mit dem bescheidensten Futter zu ungeahnter Ueppigkeit sich entwickelt und jedes, auch das rauhste Klima verträgt. Es würde also voraussichtlich sogar im Erzgebirge nicht erfrieren. Das neue Idealtier heißt Cowlo und ist eine Kreuzung aus Kuh und Büffel. Bisher kreuzte man amerikanische Büffel mit englischen Kühen, doch liegt kein Grund zu der Befürchtung vor, daß sich das deutsche Rindvieh ablehnend verhalten würde. Wie weit sich die Erwartungen der Landwirtschaft auf Einführung und Verbreitung des neuen Cowlo erfüllen werden, kann natürlich nur die Zeit lehren; vielleicht darf man aber die Hoffnung daran knüpfen, daß, nachdem die Amerikaner das Idealvieh entdeckt haben, es vielleicht den Deutschen gelingen möchte, den Idealmenschen heranzuzüchten; brauchen könnten wir ihn nämlich in unserer Zeit.

*) Vergleiche „Erzgeb. Volksfreund“ Nr. 117, 137, 147.

---

* **Die Mietervertretung nach dem Reichsgesetz.** Ueber die Wahl von Mieterräten ist in den sächsischen Ausführungsbestimmungen des Reichsmietengesetzes folgendes enthalten: „In Hausgrundstücken, für die ein Hauskonto besteht und in denen mehr als drei Wohnungen vermietet sind, werden die Befugnisse aller Mieter (die sich aus den von dem Entwurf vorher angeführten Bestimmungen ergeben) durch eine gewählte Mietervertretung ausgeübt. Die Mietervertretung besteht in Häusern mit weniger als 7 Wohnungen aus einem, in Häusern mit mehr Wohnungen aus zwei Personen. Die Wahl dieser Vertreter hat, wenn sich kein anderer Mieter, ohne Widerspruch der Mitmieter zu finden, dazu erbietet, der am längsten im Hause zur Miete wohnende Haushaltungsvorstand zu leiten. Wahlberechtigt sind alle Haushaltungen einschließlich der in Untermiete stehenden Haushaltungen durch die Stimme des Haushaltungsvorstandes, auch wenn dem Haushalt eine Frau vorsteht. Vertretung bei der Stimmabgabe ist zulässig. Wählbar ist jeder zur Miete im Hause wohnende Haushaltungsvorstand, gleichgültig welchen Geschlechts. Eine gültige Wahl kommt nur zustande, wenn die Wahl allen wahlberechtigten Parteien angekündigt ist, und sich mindestens die Hälfte von ihnen an der Wahl beteiligt hat. Gewählt sind diejenigen Haushaltungsvorstände, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Bei Stimmengleichheit ist gewählt, wer von den Meistgewählten am längsten im Hause zur Miete wohnt. Wohnen die Meistgewählten gleichlang im Hause zur Miete, so gilt der ältere als gewählt. Das Wahlergebnis ist von dem ältesten Haushaltungsvorstand und dem Hausbesitzer gemeinsam dem Haushaltungsausschuß schriftlich anzuzeigen. Die Gemeindebehörde kann nähere Vorschriften über die Wahl und die Anzeige treffen. Geschieht dies durch Ortsgesetz, so ist zur Genehmigung in Städten mit revidierter Städteordnung die Kreishauptmannschaft ermächtigt.“

* **Dreisprachige Richtungstafeln in den tschechischen Grenzbahnhöfen.** Der Eisenbahnminister der Prager Regierung hat die Verfügung getroffen, daß in den Grenzbahnhöfen gegen Deutschland, also in Eger, Bodenbach, Weipert, Reichenberg bei Oderberg und in denen gegen Deutschösterreich alle Richtungstafeln, insbesondere der Namen der Grenzstationen groß in der tschechischen Staatssprache, dann an zweiter Stelle französisch und an dritter Stelle deutsch angebracht werden sollen. Die tschechische Aufschrift muß erheblich größer als die anderen sein. Die Ortsbezeichnung muß auch bei der französischen Aufschrift den tschechischen Wortlaut haben; es wird also z. B. geschrieben stehen „Podmokl“, Station „Podmokl“ und zuletzt „Bodenbach“, der alte ehrliche Namen des Ortes. In den ungarischen, polnischen und rumänischen Grenzstationen ist statt der deutschen Aufschrift magyarisch bezw. polnisch oder rumänisch anzubringen.

* **Mangel an Papiergeld.** Durch den Buchdruckerstreik, der sich auch auf die Reichsdruckerei ausgedehnt hat, ist die Notenpresse einstweilen stillgelegt, so daß sich ein Mangel an Papierwertzeichen bereits bemerkbar macht. Wie wir erfahren, hat die Reichsbank die Zahlungen an die Banken in erheblichem Maße einschränken müssen.

Schwarzenberg, 7. Juli. Durch das Entgegenkommen einer großen Anzahl edelgesinnter Einwohner ist es möglich geworden, während der Veranstaltungen zu Gunsten des Roten Kreuzes auch eine Warenverlosung vorzunehmen. Es sind äußerst wertvolle Geschenke für gedachten Zweck zur Verfügung gestellt worden, u. a. eine große Anzahl Bratpfannen, Töpfe, Wärmflaschen, Kuchenformen und vieles andere mehr. Eine große Anzahl der Geschenke hat zum Teil einen Wert von über 200 Mark. Es dürfte deshalb für alle Einwohner kein Schaden sein, wenn sie sich rege an der Verlosung beteiligen.

Hartenstein, 7. Juli. Eisenbahninspektor Bachmann hier wurde zum Vorstand des Bahnhof Wilkau-Arumsdorf ernannt.

Raschau, 7. Juli. Dem Fabrikdirektor Gustav Heinrich Adolf Bauerl anläßlich seiner 25jährigen Tätigkeit bei der Firma Wm. Merkel von der Handelskammer Plauen eine Glückwunschadresse gewidmet worden. Die Ueberreichung der Adresse erfolgte durch das Kammermitglied Fabrikbesitzer Landmann in Lauter im Beisein des Firmeninhabers Fabrikbesitzer Carl Lindemann in Dresden.

** **Oberlungwitz.** Mittwoch abend brach in dem Grundstück des Glasermeisters Scheffler Feuer aus, das nur einen geringen Teil des Gebäudes in Asche legte. Frau Scheffler, welche das wertvolle Federvieh retten wollte, wurde von der einstürzenden Treppe zu Boden geschleudert, und ist verbrannt. Ihre Leiche konnte man erst nach Löschung des Feuers aus den Trümmern hervorholen. Eine mit im Hause wohnende Verwandte ist bewußtlos ins Krankenhaus gebracht worden.

** **Markneukirchen.** In einer Schleuse am Breitenfelder Weg wurde eine 50 Kilo schwere Kiste gefunden, in der sich 40 Mehrladepistolen und 1100 Patronen befanden.

** **Leipzig.** Der ehemalige Kreishauptmann von Leipzig, von Burgsdorff, ist im Alter von nahezu 75 Jahren gestorben.

** **Niedersedlitz.** Bei der Ausführung elektrischer Arbeiten wurde ein Monteur vom elektrischen Strom getötet.

** **Sebnitz.** Hier wurde ein 17jähriges Mädchen festgenommen, das auf dem Friedhof verschiedene Gräber ihres Rosenschmuckes beraubte und die Rosen verkaufte.

** **Dresden.** Der Töpfer Tudel aus Großhartau war von dort mit 60 000 Mark Mündelgeldern flüchtig geworden. Tudel konnte hier festgenommen und die unterschlagenen Mündelgelder sichergestellt werden.

** **Bautzen.** Ein ganz auffallender Preisunterschied besteht zwischen den Städten Bautzen und Görlitz. Während z. B. Rindfleisch das Pfund in Bautzen 65 bis 70 Mark kostet, kostete es in Görlitz am Sonnabend 46 bis 47 Mark. Auch Grünware ist in Bautzen zum Teil um das Doppelte teurer als in Görlitz.

Konzerte, Theater, Vergnügungen.

Aue, 7. Juli. Zum Besten des Sächs. Roten Kreuztages veranstaltete der Albertzweigverein, worauf wiederholt hingewiesen sei, einen Theater-Abend im „Bürgergarten“ Sonnabend, den 8. Juli, abends 8 Uhr. Es werden geboten Theater, Musik, Tänze, musikal. Darbietungen.